

Bürokratisch Formular

Zu den lästigen Tätigkeiten der Staatsverwaltung gehört der Kontakt mit dem Bürger. Sofern es nicht um das Eintreiben von Busen, Abgaben oder Steuern geht, haben Verwaltungsapparate deshalb stets nach Methoden gesucht, die gemeine Plebs auf Distanz zu halten.

Ein probates Mittel ist hier das Formular. Idealerweise hat dieses dissuasiven Charakter: Es ist so konzipiert, dass es den Bürger rasch zermüht und ihn von der



geplanten Kontaktnahme mit dem Beamten Abstand nehmen lässt. Diese Strategie ist auch im Internet recht erfolgreich, kann aber natürlich immer noch perfektioniert werden. So hat der Kanton Zürich ein Kontaktformular für Medienschaffende erstellt, auf dem die leicht zu übersehende Frage «Wünschen Sie eine Antwort?» aktiv mit einem «Ja» quittiert werden muss. Offenbar gehen die Schöpfer des elektrifizierten Formulars davon aus, dass man Kontakte mit Bürgern standardmässig ignorieren darf. Nicht immer wäre das so schlimm. Allerdings haben wir die Frage «Wünschen Sie eine Steuerrechnung?» noch auf keinem elektrischen Formular mit «Nein» quittieren können. (pho)

Grüne sind bereit für Referendum

Kampfjets Die Delegierten der Grünen Schweiz sind am Samstag in Winterthur einstimmig dem Antrag der Geschäftsleitung gefolgt: Sie wollen mit der Gruppe Schweiz ohne Armee und anderen Akteuren das Referendum gegen die Beschaffung neuer Kampfjets ergreifen, wenn ein Parlamentsbeschluss vorliegt. Die Grünen machen «friedens-, demokratie- und finanzpolitische Gründe» geltend. (sda)

Ein Staatssekretär für ganz Europa

Aussenpolitik Die neue Europa-Abteilung des neuen Aussenministers soll nicht nur die EU umfassen, sondern den ganzen Kontinent. Doch die bisherige Staatssekretärin Pascale Baeriswyl gibt nicht kampfflos auf.

Eva Novak

Mit der Idee gespielt hat Ignazio Cassis schon, bevor es vor Weihnachten zum Zerwürfnis zwischen der Schweiz und der Europäischen Union gekommen war. Er überlege sich die Schaffung eines neuen Staatssekretariats für EU-Fragen, habe der neue Aussenminister Ende November seinen Bundesratskollegen während einer Kaffeepause offenbart, berichtete damals die «Weltwoche» in einer Randspalte. Nun, da die Eiszeit mit der Union andauert, nehmen die Pläne des Tessiners Gestalt an. Allerdings soll die neue Abteilung gemäss Recherchen dieser Zeitung nicht einfach die EU umfassen, sondern ganz Europa.

Dazu gehören nicht nur die 28 aktuellen Mitgliedsländer, sondern auch Beitrittskandidaten wie zum Beispiel Serbien, vor allem aber auch Austrittskandidat Grossbritannien, den ähnliche Interessen mit der Schweiz verbinden. Wie genau der bisherige Staatssekretariatsposten in einen für Europa und einen zweiten für den Rest der Welt aufgeteilt werden soll, ist noch offen.

Unklar ist, wie weit Europa reicht

Umstritten ist insbesondere, wo genau Europa im Osten aufhört. Dazu gäbe es zwar Vorbilder. So könnte sich das schweizerische Aussendepartement EDA am Europarat orientieren, dem 47 Nationen angehören, darunter EU-Beitrittskandidat Türkei, aber auch Russland, die Ukraine, Armenien und Aserbaidschan – getreu dem geografischen Credo, dass der europäische Kontinent bis zum Ural reicht.

Doch dagegen sperrt sich dem Vernehmen nach die aktuell einzige Staatssekretärin im EDA, Pascale Baeriswyl. Weil sie nach der Aufteilung nur noch für die Restwelt zuständig wäre, möchte sie die Türkei, Russland sowie den Kaukasus behalten. Die Basler Sozialdemokratin ist zwar der SVP und Teilen der FDP bereits



Ignazio Cassis, kurz nach seiner Wahl in den Bundesrat, stellt sich an einer Medienkonferenz den Fragen. Bald ist für ihn die Schonfrist von hundert Tagen vorbei. Bild: Peter Klaunzer/Keystone (Bern, 20. September 2017)

seit ihrer Ernennung durch Didier Burkhalter ein Gräuel. Seit Monaten wird spekuliert, wann sich Nachfolger Cassis von ihr trennen werde. Doch statt zu kuscheln, versucht die selbstbewusste oberste Diplomatin offensichtlich, möglichst viel von ihrem Einflussbereich zu retten.

Das Europa-Dossier könnte Aussenminister Cassis Roberto Balzaretta anvertrauen. Der heu-

tige Chef der Direktion für Völkerrecht im EDA kennt sich als ehemaliger Leiter der Schweizer Mission bei der EU in Sachen Europa bestens aus. Gleiches gilt für seinen Nachfolger in Brüssel, Botschafter Urs Bucher.

Doch so weit ist es noch nicht. Ende Monat will Cassis zwar seinen Bundesratskollegen kundtun, wie genau er den Reset-Knopf drücken möchte, und da-

nach die Medien informieren, denn seine 100-tägige Schonfrist läuft nach der ersten Februarwoche ab. Doch die Reorganisation des Departements soll laut gut informierten Quellen erst rund einen Monat später erfolgen, nach der Bundesratsklausur von Ende Februar.

Dass das so dauert, liegt nicht nur am internen Widerstand, sondern auch an der Tatsache,

dass organisatorisch noch einiges umzumodeln ist im Bundeshaus West. Zurzeit sind die Europa-Fragen auf verschiedene Direktionen aufgeteilt. Sie neu zu büscheln, braucht Zeit.

Erstaunlich gering ist der Widerstand. Zwar gibt es vereinzelt kritische Stimmen, darunter diejenige von Elisabeth Schneider-Schneiter, Präsidentin der Aussenpolitischen Kommission (APK) des Nationalrats. «Bundesrat Cassis soll sich inhaltlich um das Europa-Dossier kümmern und nicht um neue Strukturen», verkündete die Baselbieter Christdemokratin via «Blick». Doch die meisten nehmen es gelassen und möchten dem neuen Aussenminister freie Hand lassen. Wie CVP-Präsident Gerhard Pfister. «Ein zusätzlicher Staatssekretär kann in der Aussenpolitik durchaus Sinn machen», sagt er auf Anfrage.

Selbst die SVP macht nicht auf Fundamentalopposition

So sehen es auch die meisten Aussenpolitiker innerhalb von Cassis' eigener Partei, der FDP. «Wir haben nach vier Jahren ergebnislosen Verhandlungen gesehen, wie wichtig es ist, dass die Europa-Politik besser koordiniert wird», erklärt der Zürcher Nationalrat Hans-Peter Portmann. Für den Luzerner Ständerat Damian Müller macht die Aufteilung in zwei Staatssekretariate ebenfalls Sinn: «Angesichts der Migrationsströme und der sich weltweit zuspitzenden Sicherheitslage ist die Schweiz gut beraten, ihre Strategie so auszulegen, dass einerseits Europa im Fokus steht und andererseits die Fragen der Menschenrechte und der humanitären Hilfe gebündelt werden.»

Selbst die SVP, welche sich gegen zusätzliche Staatssekretäre wehrt, sperrt sich nicht. Es sei zwar nicht nötig, Stellen zu schaffen, sagt Generalsekretär Gabriel Lüchinger, fügt aber an: «Europa ist das wichtigste aussenpolitische Dossier. Insofern ist es richtig, die diplomatischen Prioritäten darauf zu legen.»

«Trump kommt ans WEF und nicht in die Schweiz»

Davos Der amerikanische Präsident hat sich fürs WEF angemeldet. Martin Naville von der schweizerisch-amerikanischen Handelskammer sagt, was wir vom Besuch erwarten können und wo es Probleme mit den USA gibt.

Martin Naville, nach langem betritt wieder ein US-Präsident Schweizer Boden. Ein grosser Moment für Sie als CEO der schweizerisch-amerikanischen Handelskammer? Für mich ist das kein grosser Moment. An meiner Arbeit ändert sich mit dem Besuch nichts, und wegen der Person von Donald Trump gibt es auch negative Stimmen. Für die Schweiz hingegen ist es positiv, wenn sich die oberste Spitze der USA einmal mit ihr auseinandersetzt. Unserer Regierung bietet der Besuch eine gute Gelegenheit, einmal amerikanische Regierungsmitglieder zu treffen, an die heranzukommen, sonst nicht so einfach ist. Auch für das Tourismusland Schweiz und den Standort Schweiz ganz generell ist es sehr positiv, ein paar Tage lang im Mit-

telpunkt der Wirtschaftswelt stehen zu können.

Wen nimmt Trump ans WEF? Der Finanzminister, der Wirtschaftsminister sowie der Arbeitsminister waren bereits angekündigt. Wahrscheinlich kommt auch der Energieminister, sicher ist das aber noch nicht. Ausserdem werden mit Bestimmtheit CEOs grosser US-Firmen mitreisen, die sonst nicht gekommen wären. Das alles bietet jede Menge Gelegenheiten für Kontakte.

Auch auf Regierungsebene? Dort besonders. Das Problem der Schweiz ist ja, dass wir weder in der Nato noch in der EU noch bei den G7 oder den G20 sind. Die Mitglieder dieser Gremien treffen sich regelmässig und sprechen

ganz ungezwungen miteinander. Wenn ein Mitglied der Schweizer Regierung jemanden treffen will, muss es sich umständlich anmelden, auf einen Termin hoffen und hinreisen. In Davos ist die Schweiz nicht nur dabei, sondern steht als Gastgeber sogar im Zentrum. Da gibt es noch und noch Gelegenheiten, Diskussionen zu führen, die sonst ungleich schwieriger zu führen wären.

Worüber wird Trump reden? Für den genauen Wortlaut müsste ich die Kristallkugel konsultieren. Ich gehe aber davon aus, dass er erklären wird, was für ihn «America first» heisst. Denn da wurde sehr viel kreuz und quer hineininterpretiert. Er wird klarstellen, dass es aus seiner Sicht keine protektionistische Massnahme ist, sondern ein klares Be-

kenntnis zu globalem Handel und zu globalen Investitionen, aber mit gleich langen Spiessen.

Wie meinen Sie das?

Für Donald Trump ist es nicht so, dass ausländische Firmen nicht mehr investieren dürften. Er sagt, es ginge um offene Märkte, um Marktwirtschaft und um Kapitalismus in einem guten Sinn, aber nicht nach den chinesischen Regeln, sondern nach amerikanischen. Ausserdem hat er das Gefühl, der Multilateralismus benachteilige Amerika. Wenn man bedenkt, dass die Vereinigten Staaten 40 Prozent des Budgets der UNO zahlen und gleich viel Stimmen haben wie der Pazifikstaat Vanuatu, dann ist dieses Gefühl nicht ganz unbegründet. Auf dem wird er voraussichtlich herumreiten.

Und was wird er zur Schweiz sagen?

Öffentlich nicht mehr, als dass es hier sehr schön sei. Er kommt nicht in die Schweiz, sondern er kommt an das Weltwirtschaftsforum. Es ist wichtig, das zu betonen. Trotzdem gibt sein Besuch der Schweiz Gelegenheit zu wertvollen Kontakten.

Welche Probleme gibt's noch?

Im Moment herrscht eine solide Schönwetterlage. Der Handel ist in den letzten fünf Jahren regelrecht explodiert. Seit der Finanzkrise haben sich die Direktinvestitionen in beide Richtungen mehr als verdoppelt. Schwierige Probleme, die auf Präsidentenebene gelöst werden müssten, gibt es im Moment nicht.

Interview: Eva Novak

Vorfrohe bei Bundesrat

Am Rande der Delegiertenversammlung der FDP äusserte sich Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann positiv über den anstehenden Besuch von Trump. Die USA seien der mächtigste Staat der Welt. Trump werte deshalb nicht nur das Weltwirtschaftsforum auf, sondern ermögliche es der Schweiz, auch direkte Kontakte zu knüpfen. Laut Schneider-Ammann hat der Bundesrat den USA mitgeteilt, welche Gespräche er gerne führen würde. Eine verbindliche Antwort erwartet er indes erst kurz vor dem Beginn des Forums. Die Schweiz dürfe sich nichts vormachen, «Präsident Trump lässt sich nicht auf die Minute fixieren». (rob)